



Es ist genug. Beenden wir diesen Asyl-Wahnsinn!

Ein im vergangenen Januar vor dem Bezirksgericht Zürich verhandelter Fall steht exemplarisch für den Asyl-Wahnsinn in der Schweiz und lässt einen sprachlos zurück.

Die Tat

Im Februar 2023 verprügelte ein Eritreer am Zürcher Hauptbahnhof zwei ihm unbekannte Frauen. Sein Grund? Eine der Frauen hatte seinen Rollkoffer gestreift, worauf er ihr mit schweren Stiefeln mehrfach ins Gesicht trat, selbst als sie bewusstlos am Boden lag. Auch eine 16-Jährige, welche helfen wollte, kassierte Tritte ins Gesicht. Das Hauptopfer leidet bis heute unter Sehstörungen, ist arbeitsunfähig und in Therapie.

Der Täter

Der Täter kam 2013 aus Eritrea in die Schweiz, weil er nicht ins Militär wollte. Mittlerweile ist er anerkannter Flüchtling und lebt seit 2021 von der Sozialhilfe. Zwischen 2018 und 2022 hat sich der Eritreer sechs Vorstrafen wegen Gewaltdelikten eingehandelt. Trotz Haftstrafe bleibt er anerkannter Flüchtling.

Ferien in Eritrea

Zwei Monate vor der brutalen Gewalttat im Hauptbahnhof wird der Eritreer aus der Haft entlassen. Zum Tatzeitpunkt befand er sich gerade auf der Rückreise aus den Ferien. Die Staatsanwaltschaft geht

davon aus, dass er und sein Bruder nach Eritrea gereist sind und dort die Mutter besucht haben, die nach wie vor dort lebt. Insgesamt dauerten die Ferien im «Verfolgerstaat» einen Monat.

Das Urteil: Therapie statt Strafe

Und jetzt? Jetzt wird er die nächsten Jahre auf Kosten der Steuerzahler therapiert. Das Bezirksgericht Zürich verurteilte den Eritreer zu zehn Jahren Freiheitsstrafe, schob diese aber «wegen hochgradiger Schuldunfähigkeit» zugunsten einer stationären Therapie auf. Der Eritreer befindet sich nun in einer Hochsicherheitsabteilung einer psychiatrischen Klinik. Kostenpunkt rund 50'000 Franken im Monat oder 600'000 Franken im Jahr. Das Hauptopfer erhält 100'000 Franken Genugtuung. Theoretisch vom Täter. Faktisch aber durch die Opferhilfe, das heisst vom Steuerzahler. Dazu kommen die bisherigen Kosten für das Asylverfahren, Strafvollzug, Sozialhilfe sowie Gratis-Anwälte. Der ganz normale Asyl-Wahnsinn in der Schweiz.

Kriminalität auch im Kanton Zug auf dem Vormarsch

Seit Jahren importieren wir Gewalt und Kriminalität in unser Land. Auch wir im Kanton Zug bekommen dies immer stär-



ker zu spüren. Die Kriminalität ist auf dem Vormarsch. Die Statistiken sprechen eine deutliche Sprache. So wurden in den Jahren 2020 bis 2023 insgesamt 921 Straftaten durch im Kanton Zug wohnhafte Asylmigranten begangen. Und gemäss einer aktuellen Mitteilung der Zuger Polizei wurden allein zwischen dem 1.

Oktober 2024 und dem 21. Januar 2025 gesamthaft 25 Personen festgenommen, die zuvor Einbrüche in Wohn- und Geschäftsliegenschaften oder Diebstähle aus Fahrzeugen begangen haben. Von den Gefassten waren 22 Ausländer (88%), hauptsächlich Asylmigranten aus Algerien und Marokko.

Jetzt Grenzschutzinitiative unterschreiben!

Wie lange wollen wir noch zuschauen? Dieser Asyl-Wahnsinn auf dem Buckel unserer Bevölkerung muss endlich gestoppt werden. **Unterschreiben Sie deshalb noch heute die von der SVP lancierte Grenzschutz-Initiative.** Diese verlangt systematische Kontrollen der Landesgrenzen. Und: Illegale Migranten, die durch sichere Staaten in die Schweiz kommen, dürfen kein Asyl mehr erhalten.

Die SVP wird nicht ruhen, bis dieser Asyl-Wahnsinn ein Ende hat. Wir kämpfen für eine Schweiz, die sicher ist. Eine Schweiz, die sich nicht länger von einer völlig verfehlten Asylpolitik in den Abgrund ziehen lässt. Schützen wir unser Land und unsere Grenzen – bevor es zu spät ist!

Michael Riboni, Kantonsrat, Baar

QR-Code scannen
und Unterschriften-
bogen herunterladen!



www.grenzschutzinitiative.ch

Asylmissbrauch stoppen!

Grenzschutz-Initiative
jetzt unterschreiben!

Hinweis: Dies ist eine politische Publikation. Politische, gemeinnützige und amtliche Mitteilungen fallen nicht unter das Werbeverbot. Diese werden deshalb in alle Haushaltungen verteilt.



Baar braucht kein Parlament!

Alle paar Jahre reichen die linken Parteien eine Motion zur Einführung eines Gemeindeparlaments ein. Eine unnötige Zwängerei. Die Argumente der Motionäre sind nämlich stets dieselben.



einen Streich von der direkten politischen Diskussion ausgeschlossen.

Eine Gemeindeversammlung sei nicht mehr zeitgemäss und nicht repräsentativ. Ein Parlament wäre professioneller und beständiger. Dass GLP, ALG und SP ein Gemeindeparlament vor allem aus Eigennutz durchsetzen wollen, um an Einflussstärke zu gewinnen, verschweigen sie natürlich gänzlich. Zu ihren Gunsten wollen sie nicht nur die Direkte Demokratie opfern. Der Gemeindeversammlung und all den Kommissionen mit rund 200 Kommissionsmitgliedern ziehen sie ein teures und bürokratisches Parlament mit rund 30 bis 40 gewählten Politikern vor.

Baar zählt aktuell rund 14'500 Stimmberechtigte. Der Bürger ohne Parteizugehörigkeit hätte kaum eine Möglichkeit, sich politisch einzubringen. Baarerinnen und Baarer mit Stimmrecht wären auf

Mit dem aktuellen Modell einer Gemeindeversammlung steht es heute jedem Baarer Bürger frei, sich zu beteiligen und sich in die Politik einzubringen.

Der persönliche und politische Austausch an einer Gemeindeversammlung wird geschätzt und als wertvoll empfunden. Dies zeigt auch der Aufwärtstrend der durchschnittlichen Teilnehmerzahl (TN) an Baarer Gemeindeversammlungen: 2022 (Ø 148 TN) / 2023 (Ø 267 TN) / 2024 (Ø 301 TN). Jeder Bürger soll auch in Zukunft die Gelegenheit haben können, die Baarer Politik vor Ort mitzuerleben und mitzugestalten.

Ob ein Gemeindeparlament professioneller und beständiger wäre, ist fraglich. So ist die Fluktuationsrate mit über 16% im Zuger Kantonsparlament – nach etwas mehr als der Hälfte der Legislatur – überraschend hoch. Dies besonders bei linken Parteien. Bei der ALG – im Kantonsrat mit zehn Sitzen vertreten – sind bereits sieben Kantonsparlamentarier

zurückgetreten. Bei der Baarer SP – im Kantonsrat mit zwei Sitzen vertreten – rutschte im Frühling 2024 Alois Gössi für Isabel Liniger nach. Seit seinem Wiedereinzug ins zugerische Kantonsparlament hat er nun schon mehrfach angetönt, vor Legislatur-Ende wieder zurückzutreten. Wohl aus wahltaktischen Gründen. Stabilität und Beständigkeit sehen anders aus.

Mit über 25'000 Einwohnern ist Baar zwar die zweitgrösste Gemeinde ohne Gemeindeparlament in der Schweiz, doch überlegen diverse Gemeinden, dieses wieder abzuschaffen. So hat zum Beispiel Glarus Nord (rund 20'000 Einwohner) nach drei Jahren Gemeindeparlament wieder die Gemeindeversammlung eingeführt.

Wir brauchen in Baar keine unpersönliche Helikopter-Politik, sondern greifbare, wahre und volksnahe Politik. Das «Baarer Modell» funktioniert. Lehnen deshalb auch Sie an der Gemeindeversammlung vom 11. Juni 2025 die Einführung eines Gemeindeparlaments ab!

Adrian Rogger, Kantonratsrat und Präsident SVP Baar

Zweimal NEIN gegen den Stopp des Wohnungsbaus und noch höhere Mieten

Wir brauchen Wohnungen und keine neuen Steuern! Stimmen Sie zweimal Nein zu diesen extremen Vorlagen.



Am **18. Mai** stimmen wir im Kanton Zug über zwei Vorlagen ab: die **Mehrwert-Initiative** und den **Gegenvorschlag**. Beide haben massive Nachteile für alle, die Wohnungen erstellen wollen.

Was ist das Problem? Beide Vorlagen zwingen sämtliche Gemeinden, bei Bauungsplänen oder Aufzonungen eine zusätzliche Mehrwertabgabe zu erheben. Das betrifft nicht nur private Investoren, sondern auch Wohnbaugenossenschaften, die günstigen Wohnraum schaffen. Dadurch verteuert sich der Bau von neuen Wohnungen erheblich. Es trifft also auch Mieterinnen und Mieter hart.

Die Abgabe führt zu:

- **Höheren Kosten und dadurch zu höheren Mieten für alle!**
- **Stopp des Baus von preisgünstigen Wohnungen!**
- **Weniger Autonomie der Zuger Gemeinden!**

Die Kantonsregierung ist gegen die Vorlage, aber auch namhafte Wohnbaugenossenschaften und Korporationen im Kanton Zug.

INSERATE

Experten für:
UNIHOCKEY & TEXTILIEN

US
UNISPORTS

AB 1. MAI 2025 NEUERÖFFNUNG VERKAUFLADEN AN DER DORFSTRASSE IM ZENTRUM VON BAAR

UniSports GmbH
Alte Steinhäuserstrasse 35, 6330 Cham
Tel. 041 743 20 35 / info@unisports.ch

BÖHMPARTNERS
Immobilien / Verwaltung

Rundumservice Immobilienverwaltung
für Stockwerk- und Miteigentümergeinschaften in Baar und im Kanton Zug

BöhmPartners Immobilien Verwaltung GmbH
Alte Steinhäuserstrasse 35, 6330 Cham
Tel. 041 743 20 21 / info@boehmpartners.ch

Nein zur Beschneidung unserer Volksrechte durch die EU!

Die nächsten zwei Jahre sind für die Zukunft der Schweiz entscheidend: Können wir unsere Freiheit und unsere Volksrechte gegenüber der EU verteidigen? Können wir die masslose Zuwanderung begrenzen und wieder eigenständig steuern? Und wird dem grassierenden Asylmissbrauch endlich der Riegel geschoben? Bei all diesen Themen kämpft die SVP alleine gegen FDP, Mitte und Links-Grün.



Parlament überwiesen. Während SP-Bundesrat Jans zwar zugab, dass «die Zuwanderung mit Herausforderungen verbunden» sei, präsentierte er keine tauglichen Vorschläge zu deren Begrenzung. Auch die FDP, die während der letzten Monate immer wieder neue Vorschläge zur Steuerung der Zuwanderung – wie etwa eine Zuwanderungssteuer – lancierte, will heute nichts mehr davon wissen.

Im Juni beginnt die öffentliche Vernehmlassung zum **EU-Unterwerfungsvertrag**. Dieser wird von der SVP vehement bekämpft, denn er käme einer Preisgabe der Schweiz gleich und das Schweizer Volk würde seiner direktdemokratischen Rechte beraubt. Aus folgenden Gründen ist der Unterwerfungsvertrag entschieden abzulehnen. Mit dem Unterwerfungsvertrag würde neu die EU für die Schweiz Recht setzen: Die EU ordnet an, die Schweiz vollzieht. Sollte das Schweizer Volk oder das Parlament die Übernahme von EU-Recht ablehnen, wäre die EU ermächtigt, Sanktionen gegen die Schweiz zu ergreifen. **Der Unterwerfungsvertrag wäre die Beseitigung des bilateralen Weges und nicht dessen Fortsetzung.**

Mit dem Unterwerfungsvertrag würde – trotz Schiedsgericht – letztlich der EU-Gerichtshof (EuGH) zur Instanz, die bei Streitigkeiten entscheidet. **Der EuGH ist das Gericht der Gegenpartei und deshalb nicht neutral.** Mit dem Unterwerfungsvertrag müsste sich das Nicht-EU-Mitgliedsland Schweiz verpflichten, einen regelmässigen finanziellen Beitrag in Milliardenhöhe an die EU zu leisten. **Eine solche Tributzahlung ist schon aus präjudiziellen Gründen abzulehnen.** Zusammenfassend führt der Unterwerfungsvertrag zu einer **massiven Verschlechterung der Rechtssicherheit**, denn die Schweiz würde sich auf Gedeih und Verderb der Rechtssetzung der EU ausliefern, wobei völlig unklar ist, wohin sich diese zukünftig entwickelt.

Zuwanderung: Mittelstand immer mehr unter Druck
Am 21. März 2025 hat der Bundesrat seine Botschaft zur Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» ans

Seit Einführung der Personenfreizügigkeit vor 23 Jahren am 1. Juni 2002 sind 1,6 Millionen Personen netto in die Schweiz eingewandert. Das ist so viel wie der grösste Kanton der Schweiz, der Kanton Zürich, Einwohner hat. Die **negativen Folgen der masslosen Zuwanderung** lassen sich nicht mehr ignorieren: **Wohnungsnot und Mietzinsexplosion; immer mehr überlastete Infrastruktur; Zubetonierung unserer schönen Landschaft und Natur; Lohndruck und sinkender Wohlstand (d.h. stagnierendes Bruttoinlandsprodukt pro Kopf); importierte Kriminalität ausser Kontrolle; Schweizer Schülerinnen und Schüler in der Minderheit; zunehmende Gefährdung unserer Sozialversicherungen.**

Die Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» will eine **nachhaltige Bevölkerungsentwicklung statt einer ungesteuerten, ungebremsten Zuwanderung**. So darf die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz zehn Millionen nicht vor dem Jahr 2050 überschreiten. Mit anderen Worten dürfen in den verbleibenden 25 Jahren bis zum Jahr 2050 durchschnittlich maximal 40'000 Personen netto pro Jahr in die Schweiz einwandern. Dies ist eine grosszügige Obergrenze, hatte doch der Bundesrat vor der Abstimmung über die Einführung der EU-Personenfreizügigkeit dem Volk versprochen, dass jährlich 8'000 bis maximal 10'000 Personen in die Schweiz einwandern würden.

Asylwesen ausser Kontrolle
Die am 24. März 2025 veröffentlichte Kriminalstatistik für das Jahr 2024 bestätigt, was aufgrund der vielen Schlagzeilen längst absehbar war: Die Straftaten haben erneut massiv zugenommen auf über 563'000 Delikte. Das sind 8% mehr Straftaten gegenüber dem Vorjahr,

nachdem bereits 2023 eine Zunahme um 14% zu verzeichnen war. Schaut man die Täter an, dann ergibt sich ein klares Bild: Sinkend ist einzig der Anteil der Schweizer. **58% der Straftaten gehen auf das Konto von Ausländern.**

Die Forderungen der SVP sind glasklar: **Kein Asyl für illegale Migranten, die mit Schlepperbanden über sichere Drittstaaten in die Schweiz kommen. Einführung einer Obergrenze von maximal noch 5'000 echten Flüchtlingen pro Jahr. Kein Bleiberecht in der Schweiz für Personen mit abgelehntem Asylgesuch. Wiedereinführung von systematischen Grenzkontrollen, um die illegale Migration zu stoppen.** Diese vier Forderungen sind Inhalt der **Grenzschutz-Initiative «Asylmissbrauch stoppen!»**. Unterschreiben Sie diese noch heute!

Die SVP ist die einzige Partei, die in diesen drei Bereichen klar Flagge zeigt: Nein zur Anbindung an die immer ärmer werdende EU, Ja zur Begrenzung und eigenständigen Steuerung der Zuwanderung und Stopp dem Asylmissbrauch! Unterstützen auch Sie mit Ihrer Stimme die Politik der SVP.

Thomas Aeschi, Nationalrat und SVP-Fraktionspräsident, Baar

Neue Normalität in Zug?

- 27.02.2025 - Baar**
Somalier mit 30 Kilogramm Drogen gefasst
Quelle: Zugzeitung, 01.03.2025
- 21.02.2025 - Unterägeri**
Messerstecherei in Asylunterkunft in Unterägeri
Quelle: Blick, 01.02.2025
- 03.02.2025 - Zug**
Polizei nimmt nach Einbruchserie 25 Tatverdächtige fest (88 % Ausländer)
Quelle: Watson, 03.02.2025
- 20.10.2024 - Zug**
Ukrainer sticht mit Messer auf schlafenden 23-Jährigen ein
Quelle: Blick, 21.10.2024
- 17.09.2024 - Unterägeri**
Polizei ertappt Marokkaner am helllichten Tag beim Einbruch
Quelle: Zugzeitung, 17.09.2024
- 11.06.2024 - Oberwil**
Asylbewerber schlitzten Geissen auf
Quelle: Zugzeitung, 11.06.2024

Grenzschutz-Initiative jetzt unterschreiben!
www.svp-zug.ch



Politischer Islam: Stopp der Unterwanderung!

Eingewanderte Dschihadisten: Anschlagsrisiko erhöht!

Magdeburg, Aschaffenburg, München, Villach. Westeuropa wird erschüttert von einer Welle islamistisch motivierter Anschläge – mit Todesopfern, selbst von Kindern: meist waren muslimische Asylmigranten mit dschihadistischem Bezug die Täter. Auf der «Asylschiene» sind offensichtlich Zehntausende, vielleicht gar Hunderttausende – von der Polizei als «Gefährder» eingestuft – in Westeuropa und in die Schweiz eingesickert. Das sind nichts anderes als «zirkulierende Zeitbomben»! Derweil nutzen Hassprediger und andere Islamisten Soziale Medien wie TikTok, um junge Menschen für den «Heiligen Krieg» zu rekrutieren, Hass und Gewalt verbreitend. Da braut sich höchst Gefährliches zusammen. Politik und Sicherheitsbehörden müssen sofort handeln. Sonst wird auch die Schweiz Ziel gewalttätiger Anschläge.

Neue Schweizer Islam-Partei

Auf den Beginn des Ramadans (28. Februar 2025) erfolgte in der Schweiz die Gründung der «Islamischen Volkspartei».

Diese fordert die Aufhebung von Minarettverbot und Verhüllungsverbot – beide aus eidgenössischen Volksabstimmungen in Kraft getreten. Sie fordert, dass der Staat (also die Steuerzahler) Moscheen zu finanzieren hat. Und weiter fordert sie, dass muslimische Kinder in Schweizer Schulen in der Sprache ihrer Herkunftsländer unterrichtet werden. Nichts ist von Integration zu vernehmen! Es geht dieser Partei darum, Muslime für politische Agitation zu mobilisieren. Machtentfaltung, Dominanz und Abgrenzung: Das sind die Ziele der Islamischen Volkspartei. Unserer freiheitlichen Rechts- und Gesellschaftsordnung wird der Kampf angesagt.

Ein Blick über die Landesgrenze zeigt, was uns blüht, wenn sich islamische Parteien als Sprachrohre aller Muslime aufführen. Islamische Parteien sind ein Einfallstor für radikale Islamisten, die hier in der Schweiz die Scharia durchsetzen wollen: Islamische Vorherrschaft statt Freiheit und Gleichberechtigung aller.



Dieses Bild zeigt jenen 23-jährigen Syrer, der im österreichischen Villach kurz zuvor einen vierzehnjährigen mit Messerstichen ermordet hat. Der Täter griff am 15. Februar 2025 in der Innenstadt, «Allahu akbar» rufend, wahllos Passanten an. Kurz vor der Verhaftung macht der Mörder grinsend den «Sieges-Gruss» des Islamischen Staats. Erkennt man Reue? Oder genießt da ein Täter seinen «Sieg»?

Die Aufnahme ist ein Sinnbild für die gescheiterte Asylpolitik westeuropäischer Staaten. Schweizerinnen und Schweizer, wacht auf!

Mehr Infos: www.egerkingerkomitee.ch Egerkinger Komitee

www.svp-baar.ch
Liken und folgen Sie uns auf Facebook
facebook.com/SVPBaar/

 **parkett + boden gmbh**
sven ineichen

s.i parkett + boden gmbh
dorfstrasse 34 // 6340 baar
+41 41 761 07 04
info@parkettundboden.ch

 **STEINMANN**
HAUSTECHNIK
SANITÄR - HEIZUNG

Hans Küng

Küng AG Neuägeri
Schmidli, 6314 Neuägeri

Werden Sie Mitglied der SVP! Spenden Impressum

Möchten Sie sich ebenfalls politisch engagieren? Werden Sie Mitglied der SVP Baar!

Weitere Informationen finden Sie auf www.svp-baar.ch oder wenden Sie sich an unseren **Präsidenten Adrian Rogger**: Tel. 079/797 12 69 oder a.rogger@bluewin.ch

Unterstützen Sie die SVP mit einer Spende, damit wir uns weiterhin für eine unabhängige und sichere Schweiz sowie für weniger Steuern, Gebühren und Abgaben einsetzen können. Besten Dank!
Bankverbindung SVP Baar: UBS Schweiz; IBAN: CH81 0483 5094 0889 3100 0 oder via unseren TWINT Account: +41 79 940 95 09

Herausgeberin: Schweizerische Volkspartei SVP Baar, Postfach 1607, 6341 Baar **Redaktion:** Adrian Rogger (Parteipräsident), Michael Riboni, Thomas Aeschi **Bilder:** zvg **Auflage:** 14'000 Ex. in alle Briefkästen der Gemeinde Baar verteilt © 2025, SVP Baar
Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

